


Petra Weis

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 - 74709

 (030) 227 - 76709

 petra.weis@bundestag.de

Pressemitteilung

Petra Weis: CDU stellt Parteitaktik über Verantwortung – und lässt Arbeitslose und Beschäftigte der Job-Center im Stich

Die Neuordnung der Job-Center, die eine weitere gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch den Bund und die Kommunen gewährleisten sollte, ist gescheitert.

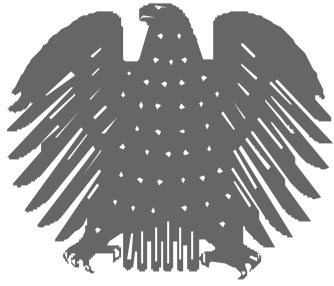
Dazu sagte die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Weis: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verweigerte gestern überraschend eine tragfähige Lösung. Sie schadet damit der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Durch die Job-Center konnten wir Langzeitarbeitslosen bisher Hilfen aus einer Hand anbieten.“

Zur Erinnerung: Ende 2007 hatte das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund, also der Bundesagentur für Arbeit, für verfassungswidrig erklärt, weil das Grundgesetz eine Zusammenarbeit von Kommunen und Bund nicht vorsieht. Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, endet am 31.12.2010. Dann haben die ARGEN und die Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr.

Ein ausgewogener Vorschlag dazu liegt auf dem Tisch. Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder haben dem Vorschlag von Arbeitsminister Scholz und den beiden Ministerpräsidenten Kurt Beck und Jürgen Rüttgers zugestimmt, die Job-Center in Zentren für Arbeit und Grundsicherung umzuwandeln und eine Grundgesetzänderung zur Absicherung dieser Zentren und der bestehenden Optionskommunen vorzunehmen.

Petra Weis: „Die jetzige Ablehnung des Vorschlages für eine neue Struktur der Job-Center ist auch ein Affront gegen Jürgen Rüttgers und offenbart die inneren Konflikte der CDU. Jetzt läuft alles auf eine getrennte Wahrnehmung der Aufgaben von Agentur für Arbeit und Kommunen hinaus. ARGEN und Optionskommunen müssen Ende 2010 aufgelöst werden.“


Getrennte Aufgabenwahrnehmung heißt: Die Bundesagentur für Arbeit ist für die Vermittlung in Arbeit zuständig, die Kommune für die Bewilligung und Auszahlung der Kosten von Wohnung und Heizung und für Gewährung notwendiger sozialer Hilfeleistungen wie z.B. Schuldnerberatung und Suchtberatung. Die derzeit knapp 50 Tausend Duisburgerinnen und Duisburger, die Anspruch Grundsicherungsleistungen in Anspruch nehmen, müssten zu zwei Behörden, müssten zweimal Anträge stellen, ihre Akten müssten zweimal geführt, sie bekämen zweimal Bescheide. Nicht der vorliegende Kompromissvorschlag, sondern dessen Ablehnung durch die



Petra Weis

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 - 74709

 (030) 227 - 76709

 petra.weis@bundestag.de

Pressemitteilung

Unionsfraktionen schafft deutlich mehr Bürokratie und somit auch höhere Kosten.

Petra Weis: „Nach der Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort jetzt Planungssicherheit. Sie sollten sich auf ihre Aufgaben konzentrieren können und nicht auf die Sorgen um ihre eigene Zukunft. Bundesarbeitsminister Scholz handelt deshalb verantwortlich, wenn er jetzt zügig sicherstellt, dass alle Verträge der Arbeitsgemeinschaften bis 2010 laufen und dort, wo erforderlich, verlängert werden. Die Union hat sich hingegen als unfähig erwiesen, ihrer Verantwortung in der Regierung gerecht zu werden zum Nachteil der Arbeitslosen, die rasch und passgenau Unterstützung brauchen.“